



OSTALBKREIS

Information des Ostalbkreises
nach Art. 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
Allgemeiner Sozialer Dienst

Wir informieren Sie gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) über den Umgang mit den beim Landratsamt Ostalbkreis verarbeiteten personenbezogenen Daten. Sie können sich gerne bei Fragen an uns oder den Datenschutzbeauftragten der Landkreisverwaltung wenden.

Verantwortlicher:

Verantwortlich für die rechtmäßige Verarbeitung der Daten ist das
Landratsamt Ostalbkreis
Geschäftsbereich Jugend und Familie
Stuttgarter Straße 41
73430 Aalen
Telefon: 07361 503-0
E-Mail: info@ostalbkreis.de Internet: www.ostalbkreis.de

Datenschutzbeauftragter:

Martin Brandt
Telefon: 07361 503-1603
E-Mail: datenschutz@ostalbkreis.de

Zweck der Datenverarbeitung und Rechtsgrundlage:

Das Jugendamt verarbeitet Ihre Daten, um die gesetzlichen Aufgaben des Allgemeinen Sozialen Dienstes wahrzunehmen. Hierzu gehört die Beratung gem. §§ 10a, 16-18 SGB VIII, die Prüfung, Bewilligung und Planung von Hilfen gem. §§ 19, 20, 21, 27ff, 36, 41 SGB VIII sowie die Mitwirkung im Verfahren vor dem Familiengericht gem. § 50 SGB VIII. Weiterhin werden die Daten zur Erfüllung der Aufgabe des Kinderschutzes gem. § 8a SGB VIII und § 42ff SGB VIII. Die Datenverarbeitung erfolgt aufgrund einer gesetzlichen Aufgabe/Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs.1 lit. e DSGVO, i.V.m. §§ 61 ff. oder § 68 ff. SGB VIII, § 35 SGB I, §§ 67 ff. SGB X.

In den Fällen, in denen die Datenverarbeitung nicht aufgrund einer gesetzlichen Grundlage erfolgt, erfolgt die Datenverarbeitung aufgrund einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs.1 lit. a sowie Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO i.V.m. § 67b Abs. 2 SGB X.

Folgende personenbezogene Daten werden von der leistungsberechtigten Person verarbeitet:

- Vor- und Nachname
- Geburtsdatum
- Wohnanschrift/tatsächlicher Aufenthalt
- Familienstand
- E-Mail-Adresse
- Telefonnummer

- ggf. Art und Dauer der Aufenthaltsgenehmigung
- Einkommens- und Vermögensverhältnisse
- familiäre Verhältnisse der Beteiligten sowie deren Kontaktdaten, wie Telefonnummer und E-Mail-Adresse

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Personenbezogene Daten können weitergegeben oder bei Dritten eingeholt werden, wenn hierfür eine gesetzliche Grundlage, entsprechende Entbindungen von der Schweigepflicht oder individuelle Einwilligungen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO erteilt werden. Erteilte Einwilligungen können jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abgeändert oder widerrufen werden.

Empfänger außerhalb des Landratsamts können sein:

- Gerichte (insbesondere Familiengericht)
- andere Jugendämter
- Leistungserbringer (freie Träger) oder Pflegepersonen
- Polizei- und Strafverfolgungsbehörden
- Betreuer/Vormund/Pfleger
- andere Sozialleistungsträger (z.B. Sozialhilfeträger, Jobcenter) und andere Behörden (z.B. Gesundheitsamt, Ausländerbehörde)
- Auftragsverarbeiter

Dauer der Speicherung:

- 100 Jahre ab Geburt in Verfahren zur Annahme als Kind, § 51 SGB VIII.
- 30 Jahre ab Geburt
 - Leistungsakten (SGB VIII Zweites Kapitel)
 - Inobhutnahme (SGB VIII Drittes Kapitel, Erster Abschnitt)
 - Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten, § 50 SGB VIII
 - Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz, § 52 SGB VIII
- 100 Jahre ab Geburt für Leistungen nach §§ 27-35a SGB VIII, wenn die Leistungsgewährung im Zusammenhang mit Anhaltspunkten für die Gefährdung des Wohls des betreffenden Kindes/Jugendlichen stand.
- Alle übrigen Akten des SD: 3 Jahre nach Beendigung des Vorgangs.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Ohne die Angabe Ihrer personenbezogenen Daten kann keine Antragsprüfung vorgenommen werden.

Weitere Rechte:

Bezüglich Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten haben Sie ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Widerspruch (Art. 21 DSGVO) sowie Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), sofern die entsprechenden Voraussetzungen nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) hierfür gegeben sind.

Automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO

Verfahren zur automatisierten Entscheidungsfindung bei Einzelentscheidungen werden nicht eingesetzt.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Soweit Sie sich durch die Verarbeitung personenbezogener Daten in Ihren Rechten verletzt fühlen, steht Ihnen hier ein Recht zur Beschwerde zu:

Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Heilbronner Straße 35

70191 Stuttgart

Postfach 102932

70025 Stuttgart

Telefon: 0711 615 541-0

Fax: 0711 615 541-15

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de